

Otmar Steinbicker:

Statt „Weißbuch“ einen Weg zum Frieden ohne Krieg finden

*Vorbereitet fürs Symposium
Zukunft des politischen Pazifismus, Frankfurt 28./29. Januar 2017*

Rahmenbedingungen für eine deutsche Sicherheitspolitik:

1. Ein großer, raumgreifender Krieg in Europa würde zur Vernichtung unseres Landes und der europäischen Zivilisation führen.

Schon 1988 waren sich bei einer Tagung der Ev. Akademie Loccum Offiziere von Bundeswehr und damaliger DDR-NVA einig, dass nicht nur ein Atomkrieg, sondern auch ein erneuter großer konventioneller Krieg für die europäischen Staaten nicht überlebar wäre. Die Zerstörung von Atomkraftwerken und großen Chemiebetrieben würde eine atomar und chemisch verseuchte Wüste entstehen lassen. Und angesichts der hochgradigen Abhängigkeit moderner Industriegesellschaften von einer funktionierenden Elektroenergieversorgung wäre es nicht einmal nötig, die Kraftwerke zu zerstören, um Industriestaaten komplett lahmzulegen. Es reichen die zentralen Umspannstationen der Fernübertragungsnetze für Elektroenergie.

Heute sind wir 28 Jahre weiter und die genannten Probleme haben sich durch neue Technologien weiter verschärft, vor allem durch die gestiegene Abhängigkeit von Computertechnologie und Internet.

Mit einem Wort: Die europäische Zivilisation ist kriegsuntauglich geworden!

2. Die Konzeption der großen Auslandseinsätze ist in Afghanistan krachend gescheitert.

Diese Konzeption setzte auf die Illusion, dass Militär Frieden schaffen könne. Das kann nicht funktionieren. General a.D. Riechmann, der erste Kommandeur des Einsatzführungskommandos Potsdam, und damit erster Oberbefehlshaber der deutschen Auslandseinsätze, erklärte mir einmal auf die Frage: „Kann Militär Frieden schaffen?“ – „Nein, Militär kann keinen Frieden schaffen, Militär kann nur Zeit gewinnen, damit Politiker Frieden schaffen können.“ Dass eine Friedenslösung eine politische Lösung ist, wissen viele Militärs, aber nur wenige Politiker. Die Bundeswehr ist aus dem verlorenen Krieg mit einem spürbaren Trauma herausgekommen.

Unter diesen Rahmenbedingungen eine glaubwürdige Perspektive für eine Strategie der Bundeswehr zu entwickeln, ist schwierig.

Zum Weißbuch der Bundeswehr

Das Weißbuch 2016 ist in sich ein Dokument voller Widersprüche. Wer Hinweise auf Aufrüstung und neue Kriege sucht, wird reichlich fündig. Wer allerdings Konkretes sucht, wird vergeblich suchen. Nicht einmal Umfang und Richtung der weiteren materiellen Aus- und Aufrüstung der Bundeswehr werden konkret benannt. Es finden sich neben einer Vielzahl von Allgemeinplätzen nur wolkige Andeutungen über Mehrausgaben, wenn sie denn bezahlbar sind. Dass dabei das NATO-Ziel von Militärausgaben in Höhe von 2 Prozent beschworen wird, was fast eine Verdopplung bedeutet, sollte dabei nicht verwundern. Alle NATO-Staaten einschließlich Deutschlands haben sich seit 2002 zu diesem Ziel bekannt, es aber nicht eingehalten. Die deutschen Ausgaben lagen zuletzt bei 1,2 Prozent.

Jetzt wird eine deutliche Erhöhung angekündigt, wie hoch sie am Ende ausfällt und was mit dem Geld angeschafft wird, bleibt jedoch vorerst offen. In diesem Jahr liegt die geplante Erhöhung bei 10 Prozent. Das ist viel Geld, zugleich aber nicht die Verdoppelung.

Eine Erhöhung der Rüstungsausgaben allein beantwortet aber noch nicht die Frage, welche Einsatzmöglichkeiten für Militär angedacht werden.

- es besteht in der Bundeswehr ein erheblicher Modernisierungsbedarf von maroden Kasernen bis zu maroden Waffensystemen. Wer darüber hinaus noch zusätzliche Waffen beschaffen will, braucht sehr viel zusätzliches Geld.
- Wenn das Feindbild Russland bedient werden soll, dann werden andere, schwerere Waffen gebraucht als für Einsätze wie in Afghanistan, wo z.B. schwere Panzer im schwierigen Gelände kaum eingesetzt werden konnten.
- Wenn es um die Sicherung von Handelsrouten geht, dann wird eine große Kriegsmarine benötigt. Diese hat die Bundeswehr bisher nicht.

Schlüsselbegriff „Verantwortung“

Die entscheidenden Schlüsselsätze zur Beurteilung des Weißbuches 2016 finden sich im Eingangskapitel „Deutschlands Rolle in der Welt und sicherheitspolitisches Selbstverständnis“. Dort heißt es unmissverständlich: „Deutschland wird zunehmend als zentraler Akteur in Europa wahrgenommen. Diese Wahrnehmung schafft ihre eigene Realität – im Sinne wachsender Handlungsmöglichkeiten, aber auch mit Blick auf die daraus resultierende Verantwortung.“ Als Konsequenz aus dieser Realitätsbeschreibung wird formuliert: „Deutschland ist bereit, sich früh, entschieden und substanziell als Impulsgeber in die internationale Debatte einzubringen, Verantwortung zu leben und Führung zu übernehmen.“

Deutscher Führungsanspruch in Europa

Es ist ein neuer, offen formulierter deutscher Führungsanspruch in Europa, der künftig die Sicherheitspolitik mit all ihren Aspekten in Europa, in der NATO, im NATO-Russland-Konflikt und auch im Hinblick auf andere Kontinente „out of aerea“, also weit abseits des NATO-Gebietes bestimmen. Das hat es in dieser Klarheit und Offenheit bisher noch nicht gegeben!

Frühere Großmächte wie England und Frankreich verloren im Vergleich zu Deutschland mehr und mehr an ökonomischem Gewicht und damit auch an politischem Einfluss in der EU. Diese über einen längeren Zeitraum gewachsene Bedeutung Deutschlands innerhalb der EU und der NATO dürfte unumkehrbar sein. Dass sich daraus auch Verantwortung ableitet, ist unvermeidlich.

Stärkung der militärischen Fähigkeiten der EU

Schon im Weißbuch vom Juli – also weit vor Trumps Wahlsieg ließ die Bundesregierung eine vorsichtige Distanz zu den USA erkennen und setzte vor allem auf eine Stärkung der militärischen Fähigkeiten der EU, obwohl nicht alle EU-Staaten auch der NATO angehören: „Als Fernziel strebt Deutschland eine gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungsunion an“. Dabei geht es dann auch zielgerichtet um eine „Stärkung der Verteidigungsindustrie in Europa“. Dazu betreibt die Bundesregierung eine „gezielte Industriepolitik; Exportunterstützung sowie die Auftragsvergabe durch das Bundesministerium der Verteidigung“.

Strategische Interessenunterschiede USA-Westeuropa

Hintergrund dafür waren und sind unterschiedliche strategische Interessen der USA und Westeuropas. Die USA konzentrieren sich bereits seit einigen Jahren auf den Pazifik und die Auseinandersetzung mit ihrem ökonomischen Hauptkonkurrenten China. Für Westeuropa steht die Verhinderung weiterer Migration aus den Staaten südlich des Mittelmeeres (Nordafrika, Nah- und Mittelost) im Vordergrund. („Einsüden“).

Neues Feindbild Russland

In die strategische Ausrichtung Pazifik oder Mittelmeer passt allerdings nicht die neue Konfrontation mit Russland. Das ist bemerkenswert. Möglicherweise kann sich die Erkenntnis durchsetzen, dass diese Konfrontation kontraproduktiv und störend bei der Verfolgung der größeren strategischen Ziele ist.

Im Weißbuch, wo ansonsten Veränderungsprozesse im globalen Maßstab vage und ohne konkrete Feindbilder beschrieben werden, heißt es mit Blick auf Russland sehr klar: „Durch seine auf der Krim und im Osten der Ukraine zutage getretene Bereitschaft, die eigenen Interessen auch gewaltsam durchzusetzen

und völkerrechtlich garantierte Grenzen einseitig zu verschieben, stellt Russland die europäische Friedensordnung offen in Frage.“

So berechtigt der Hinweis auf die Völkerrechtswidrigkeit der Krim-Annexion durch Russland ist, so bleiben zugleich eigene Verletzungen des Völkerrechts wie der Kosovokrieg und eigene Anteile an der Konfrontation in der Vorgeschichte der Krim-Annexion ausgeblendet.

Der Ukraine-Konflikt hat sehr viele und sehr unterschiedliche Faktoren, auf die ich hier nicht im einzelnen eingehen kann. Unter geostrategischen Gesichtspunkten kommt vor allem der Krim eine erhebliche Bedeutung zu. Die Krim war und ist der entscheidende Stützpunkt der russischen Kriegsmarine! Ohne eine handlungsfähige Kriegsmarine kann Russland nicht als Weltmacht agieren, sondern wäre in dieser Funktion ausgeschaltet. Als sich nach dem Maidan-Putsch in Kiew eine ernsthafte Bedrohung für diesen Marine-Stützpunkt abzeichnete, griff Putin zum Mittel der Annexion der Krim. Ähnliche Überlegungen gelten auch für die russische Beteiligung am Syrien-Krieg. Der Versorgungsstützpunkt im syrischen Hafen von Tartus war der einzige im Mittelmeer. Ohne ihn wären Operationen der russischen Kriegsmarine im Mittelmeer kaum möglich.

Eigendynamik des Feindbildes Russland

Putins Annexion der Krim kam für viele, vor allem für die Bundesregierung überraschend. Auch in Russland gab es Stimmen, die vorab einen Schritt ausschlossen, weil er zu gefährlich sei. Die Folge waren zunehmende Spannungen in Osteuropa vor allem zwischen den baltischen Staaten und Russland. Diese Spannungen werden zunehmend eskaliert durch Militärstationierung. Ein deutsches Kampfбатаillon mit 4000 Soldaten soll im ersten Halbjahr 2017 in Litauen einsatzbereit sein.

Bundeswehr-Oberst im Generalstab des Heeres: Dass diese Soldaten ein mulmiges Gefühl haben, kann ich verstehen. Im Falle eines militärischen Konfliktes kann die niemand mehr zurückholen. Das wissen sie. In Stalingrad hatten die Eingeschlossenen noch die Hoffnung, dass General von Manstein, sie aus dem Kessel herausholen könnte. In Litauen gibt es diese Hoffnung nicht.

Das heißt: die Gefahr einer militärischen Konfrontation zwischen der NATO und Russland wird im Baltikum konkret, auch wenn beide Seiten politisch das nicht wollen können, weil sie wissen, dass es in einem großen Krieg in Europa nur Verlierer, keine Sieger gäbe.

Diese Konfrontation ist ein Musterbeispiel für militärische Sicherheitslogik auf allen Seiten. Friedenslogik, die auf eine Lösung der zugrunde liegenden politischen Konflikte zielt, funktioniert anders.

Welches Fazit ist zu ziehen?

Insgesamt lässt sich feststellen, dass sich keines der sicherheitspolitischen Probleme Deutschlands mit Hilfe der Bundeswehr lösen lässt.

- Die „Landesverteidigung“ würde im Falle eines großen Krieges in Europa zur Landesvernichtung.
- Die Auslandseinsätze führen nicht zur Lösung der Konflikte in den betroffenen Ländern und Regionen, sondern lösen eher Fluchtwellen aus..
- Der Einsatz im Cyberkrieg würde diese Art der Kriegführung nur legitimieren und eine erforderliche Ächtung erschweren. Auch im Einsatz gegen Terroristen taugt eine Armee nicht.
- Für den Umgang mit den absehbaren Folgen des Klimawandels (den Trump leugnet) werden enorme Ressourcen benötigt (Kerry: wie im Zweiten Weltkrieg). Da können wir uns hohe Aufwendungen für ein zur Lösung der Probleme nicht taugliches Militär nicht mehr leisten!

Veränderte Aufgabenstellung für die Friedensbewegung

Diese Erkenntnis stellt die Friedensbewegung vor eine veränderte Aufgabenstellung. Jetzt muss auch sie Verantwortung übernehmen und darf es nicht der Regierung überlassen, den Begriff der „Verantwortung“ durch eine unverantwortliche Orientierung auf militärische Lösungsversuche zu füllen. Konkret heißt das, dass es nicht mehr ausreicht, allein „Nein zum Krieg“ zu sagen, sondern dass ihr „Ja zum Frieden“ auch konkrete Vorschläge für zivile, nichtmilitärische Konfliktlösungen beinhalten muss. Diese friedenspolitischen Alternativen müssen zugleich wirkungsvoll in die öffentliche Debatte eingebracht werden, wenn Kriegspolitik ernsthaft gestoppt werden soll. Dass diese neue Aufgabenstellung für die Friedensbewegung nicht einfach ist, versteht sich. Da ist in vielen Köpfen ein Um- und Weiterdenken gefragt.

Friedensbewegung in der Defensive oder in der Offensive?

Aus ihrer Beantwortung ergibt sich die Aufgabenstellung. Müssen wir aus der Defensive heraus agieren, um Schlimmes der Gegenseite, schlimmstenfalls die direkten Vorbereitungen auf einen Krieg zu verhindern? Oder ist die Gegenseite verunsichert, ratlos, dann können wir aus der Offensive heraus versuchen, unsere eigenen Themen in die öffentliche Debatte zu werfen.

Rückblick auf die 1980er Jahre

Heute haben wir in der Friedensbewegung ein verklärtes Bild der 1980er Jahre. Wir erinnern uns gerne an die großen bunten Demos, vergessen aber zumeist, wie die Teilnehmerzahlen ab 1984 abbrachen und wir sehen zu wenig unseren

damaligen inhaltlichen Erfolg, den „Bruch des „sicherheitspolitischen Konsenses“, der seitdem nicht wieder hergestellt werden konnte. Dieser Bruch war die unabdingbare Voraussetzung für eine völlig neue sicherheitspolitische Debatte, die zu Themen wie „soziale Verteidigung“ oder zu „strukturelle Nichtangriffsfähigkeit“, „Sicherheitspartnerschaft“ u.a. geführt wurde.

Heute sollten wir unsererseits aktiv um einen neuen „sicherheitspolitischen Konsens“ kämpfen, der die traditionelle militärische Sicherheitslogik durch eine ernsthafte Friedenslogik ersetzt.

In diesem Bereich haben wir als Friedensbewegung in Zusammenarbeit mit der Friedensforschung theoretische und in der Afghanistan-Vermittlung 2009/10 auch praktische Erfahrung, die wir einbringen können.